

**Medienmitteilung vom 23. September 2012**

## **Grüne über Abstimmungsergebnisse enttäuscht Kein Freipass für Abbau des Service public**

**Die Grünen Kanton Bern nehmen von den Abstimmungsergebnissen zu den kantonalen Vorlagen mit Enttäuschung Kenntnis. Mit der Annahme des Volksvorschlags zu den Motorfahrzeugsteuern und des Gegenvorschlags zur Initiative "Faire Steuern - Für Familien" verschlechtert sich die kantonale Finanzlage um jährlich 120 Mio. Franken. Das öffentliche Leistungsangebot ist damit massiv bedroht. Die Grünen werden sich gegen einen verantwortungslosen Abbau gemeinsam mit Partnerorganisationen zur Wehr setzen.**

Die Ablehnung der Initiative "Faire Steuern - Für Familien" kommt in dieser Deutlichkeit überraschend. Offensichtlich ist, dass die Initiative mit Steuertarifkorrekturen, Pauschalbesteuerung und Kinderabzügen überladen war. Das hat dazu beigetragen, dass sich unterschiedlich begründete Widerstände gegen die Initiative kumuliert haben. Aus finanzpolitischer Sicht wäre eine Annahme der Initiative dringend geboten gewesen; das strukturelle Ungleichgewicht im Finanzhaushalt des Kantons Bern hätte damit um 80 Mio. Franken pro Jahr reduziert werden können. Ein kleines Trostpflaster stellt aus Sicht der Grünen die Verschärfung der Pauschalbesteuerung dar; allerdings bleibt die Pauschalsteuer auch in verschärfter Form eine steuerpolitische Ungerechtigkeit, welche weder dem Kanton noch der Steuergerechtigkeit dient. Die Annahme des Gegenvorschlags bleibt ein Ärgernis, bringt doch dieser keine Entlastung der finanziellen Situation, sondern eine zusätzliche Belastung um 20 Mio. Franken pro Jahr.

Eine riesige Enttäuschung stellt für die Grünen die Annahme des Volksvorschlags bei den Motorfahrzeugsteuern dar. Dass die nötig gewordene Wiederholung der Abstimmung Misstrauen bei den Stimmberechtigten auslösen kann, ist nachvollziehbar. Offensichtlich hat dieser Effekt den Abstimmungsausgang erheblich beeinflusst. Gleichwohl wäre eine Ablehnung in Kenntnis der ausgesprochen schwierigen finanziellen Situation des Kantons dringend geboten gewesen, namentlich, da die Annahme der Vorlage die Standortattraktivität des Kantons Bern in keiner Art und Weise verbessert. Auch aus ökologischer Sicht hätte der Kanton Bern mit der Ecotax-Vorlage ein Zeichen gesetzt.

Die Verschlechterung der Finanzsituation um jährlich 120 Mio. Franken wird sich nicht einfach auffangen lassen. Wenn eine Neuverschuldung des Kantons verhindert werden soll, werden sich Abbaumassnahmen beim öffentlichen Leistungsangebot nicht vermeiden lassen. Davon werden die ländlichen Regionen, welche von der breiten Versorgung mit öffentlichen Leistungen in den Bereichen der Gesundheits- und Spitalversorgung, dem öffentlichen Verkehr und der Bildung bisher profitiert haben, massiv betroffen sein. Die Grünen werden sich gegen eine verantwortungslose Ausdünnung des öffentlichen Leistungsangebots gemeinsam mit betroffenen Verbänden und Organisationen zur Wehr setzen - und gleichzeitig zusätzliche Investitionen in nun definitiv nicht mehr finanzierbare Strassenbauvorhaben systematisch ablehnen.

Von der Annahme der Vorlagen zu den Gemeindefusionen sind die Grünen befriedigt.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Tel. 079 263 47 68

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern, Tel. 079 379 16 53